

Muslime wollen weg vom «Hinterhof»

Religion Luzerns Muslime beten bislang in umfunktionierten Gewerberäumen. Nun planen die verschiedenen Vereine eine gemeinsame Moschee. Doch können die ethnischen Grenzen überwunden werden?

Remo Wiegand
region@luzernerzeitung.ch

Für die Muslime hat gestern der Fastenmonat Ramadan begonnen. Zum Nachtgebet versammelten sich zahlreiche Gläubige in den neun Moscheen der Region Luzern. Die feierlichen Rituale im Innern kontrastieren mit der Situation der Gebetshäuser von aussen. Die Moscheen in Emmenbrücke, Kriens oder Ebikon sind in schlichten Gewerbebauten untergebracht.

«Die Hinterhofmoscheen stehen für die Isolation der Muslime in der Gesellschaft», sagt Petrit Alimi, Präsident der Islamischen Gemeinde Luzern (IGL), dem Dachverband der regionalen Moscheevereine. «Es fehlt uns ein würdiger Ort, in dem wir uns als Muslime und als gleichberechtigte Bürger zu Hause fühlen können.»

Zentrum mit Moschee, Bibliothek und Restaurant

Um das zu ändern, hat die IGL nun ein Konzept für ein «Glaubens-, Kultur- und Begegnungszentrum» in der Region Luzern verfasst und verbreitet. Das Zentrum soll neben einer Moschee auch einen Mehrzwecksaal beinhalten, eine Bibliothek, ein Restaurant sowie Räume für den aktiven Frauenverein oder die geplante Jugendarbeit. Kurz und christlich ausgedrückt: eine Kir-

che mit Kirchgemeindezentrum für die rund 17 000 Muslime im Kanton Luzern. Die Baukosten sollen etwa 4 Millionen Franken betragen. Das Ziel ist, das Zentrum 2022 zu eröffnen.

Das Projekt ist ein Kraftakt, nach aussen wie nach innen. Das Konzept konstatiert, dass die hiesigen muslimischen Vereine schwach seien, «sehr fragil, abhängig von Einzelpersonen, finanziell nicht gesichert und kaum in den gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen integriert». Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen, die als bosnische, albanische oder arabische Moscheen entlang ethnischer Grenzen organisiert sind, ist zäh. Seit rund 15 Jahren arbeitet die IGL deshalb am «Aufbau gemeinsamer Strukturen», die in einer übergeordneten, supranationalen Moschee ihren sichtbaren Ausdruck erhalten soll. Nicht zuletzt soll so ein moderater Islam gefördert werden, der «präventiv gegen jegliche tendenzielle Radikalisierung der Jugend wirkt», führt Alimi aus.

Auch wenn nicht alle Moscheevereine gleichermassen vom Projekt begeistert sind: Alle acht sunnitischen Vereine – die schiitische Gemeinschaft ist nicht Mitglied der IGL – haben im letzten September eine Grundsatzerklärung unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, auf das Ziel eines gemeinsamen

Glaubenszentrums hinzuwirken sowie unter anderem auch, sich «voll und ganz» für demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze einzusetzen.

Unterstützung von christlicher Seite

Welche Sprache soll in der neuen Moschee gesprochen werden? «Am Freitag wird auf Deutsch gepredigt. Daneben sollen aber auch Aktivitäten in der jeweiligen Muttersprache der Muslime durchgeführt werden, wie dies auch bei den christlichen Missionen üblich ist», sagt Alimi. Finanziert werden soll das Zentrum durch Mitgliederbeiträge oder Spenden, auch von einheimi-

schen Stiftungen. «Für den Betrieb hoffen wir auch auf staatliche Beiträge, zum Beispiel in Kombination mit Leistungsvereinbarungen.»

Derzeit geht die IGL auf staatliche, kirchliche und universitäre Instanzen zu, um für Unterstützung zu werben. Die ersten Reaktionen seien nüchtern bis wohlwollend. Nicola Neider Ammann von der Katholischen Kirche Stadt Luzern verweist auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der IGL in den letzten Jahren: «Wir anerkennen und unterstützen gerade zur Stärkung dieser Brückenfunktion die Islamische Gemeinde Luzern bei ihrem Bemühen, bessere räumliche Verhältnisse zu

erhalten.» Ihr gefällt am Bauprojekt insbesondere, dass es auch kulturelle und religiöse Anlässe für Nicht-Muslime vorsieht. Luzerner könnten dort «den Islam in seiner schweizerischen Ausformung besser kennen lernen».

Auch Ursula Stämmer, Synodalratspräsidentin der reformierten Kirche und alt Stadträtin, unterstützt das Projekt. Die Reformierten mussten sich vor rund 150 Jahren ebenfalls eigene Goteshäuser erkämpfen. Stämmer verweist auf die Rechtsordnung, die allen Religionsgemeinschaften die Religions- und Versammlungsfreiheit garantiere, «selbstverständlich auch den Muslimen». Ist aber die Luzerner

Bevölkerung bereits reif für eine sichtbare Moschee? «Ich wünsche es mir», so Stämmer. Vermutlich werde es Widerstand geben, das gelte es auszuhalten. «Es müssen auch nicht alle das Projekt gut finden.»

Stämmer war auch involviert, als der Stadtrat vor sechs Jahren eine erste Projektidee prüfte (siehe Kasten). Im Unterschied zu damals liegt nun ein schriftliches Konzept vor. «Das ist ein grosser Fortschritt», sagt Andreas Tunger-Zanetti, Religionswissenschaftler an der Universität Luzern und Kenner des Islams im Raum Luzern. Die Muslime hätten ihre Hausaufgaben gemacht. Allerdings sei der Zeitplan «sehr optimistisch». Normalerweise müsse man für die Realisierung solcher Bauprojekte mit rund zehn Jahren rechnen. Die IGL brauche einen «langen Atem». Traut Tunger-Zanetti dies der IGL zu? «Ich habe meine Zweifel, ob die IGL bereits genug gefestigt ist.» Allerdings könnten gerade solche Grossprojekte auch eine «Dynamik des Zusammenfindens» auslösen.

Ungeklärt ist noch die Standortfrage. Alimi schiebt gerne ins Gebiet zwischen Luzern, Kriens und Horw, das von den Behörden «Luzern Süd» genannt wird. «Wir wären sehr froh, wenn uns die staatlichen Entscheidungsträger hier als Türöffner dienen könnten.»

«Die Hinterhofmoscheen stehen für die Isolation der Muslime in der Gesellschaft.»



Petrit Alimi
Islamische Gemeinde Luzern

Erstes Projekt beim Eichwäldli ist gescheitert

Bereits vor zehn Jahren gab es einen Anlauf für eine zentrale Moschee in der Region Luzern. «Es gab intensive Gespräche mit Stadtpräsident Urs W. Studer und der Baudirektion», erinnert sich Petrit Alimi. Die Behörden hätten nach möglichen Standorten gesucht. «Konkret kam ein städtisches Gelände beim Eichwäldli in den Blick.» 2011 teilte der Stadtrat der IGL allerdings schriftlich mit, «dass aus dem stark eingeschränkten Liegenschaftsbestand der Stadt kein Areal für die

Erstellung einer Moschee abgetreten werden kann». Zudem sei man «aus grundsätzlichen Überlegungen» nicht im Stande, «sich finanziell am Projekt zu beteiligen». Hatte der Stadtrats-Beschluss einen Zusammenhang mit der 2009 angenommenen Minarettverbotsinitiative, wie Alimi vermutet? Nein, sagt Ursula Stämmer, die das Schreiben 2011 unterzeichnet hat. «Der Stadtrat stand dem Anliegen sehr positiv gegenüber, hatte aber kein Grundstück zur Verfügung.» (red)